

Steigende Ungleichheit: Verklärende Mythen und Strategien für den Wandel

TANDIWE GROSS, FRANK HOFFER

“Overcoming poverty is not a task of charity; it is an act of justice. Like slavery and apartheid, poverty is not natural. It is man-made and it can be overcome and eradicated by the actions of human beings.”

Nelson Mandela

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat den hegemonialen Diskurs über die im Namen der Globalisierung als unvermeidlich hinzunehmende Ungleichheit in Frage gestellt.¹ Was allerdings fehlt, ist die Umsetzung dieser Kritik in eine Bewegung für einen Politikwechsel zu größerer Gerechtigkeit. Betrachtet man die Triebkräfte und die rechtfertigenden Diskurse der Ungleichheit genauer, wird klar, dass sie kein unausweichliches und auch kein unumkehrbares Phänomen ist. Vielmehr ist Ungleichheit auf politische Entscheidungen zurückzuführen und kann dementsprechend durch geeignete politische Maßnahmen verringert werden. Anschließend an die in diesem Heft herausgestellten und diskutierten Triebkräfte der Ungleichheit, ist es das Ziel des folgenden Beitrags, verschiedene – sich als hartnäckig erweisende – Rechtfertigungsdiskurse zu identifizieren und diese zu entkräften. Anschließend werden einige wichtige Maßnahmen zur Verringerung der Ungleichheit vorgeschlagen.

Die sich wandelnde Debatte über Ungleichheit

Wurde die wachsende Ungleichheit vor 2008 noch weitgehend ignoriert, so änderte sich dies durch die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Mit dem Wandel der öffentlichen Wahrnehmung kamen die Apologeten der Ungleichheit in die Defensive. Sie präsentierten daraufhin wechselnde Argumente, um das Unvertretbare zu verteidigen. Wir spitzen die wichtigsten Rechtfertigungen hier auf Kernaussagen zu und fassen knapp zusammen, warum sie bei genauer Betrachtung der Triebkräfte der Ungleichheit ins Leere laufen:

„Ungleichheit ist akzeptabel, solange sie Wachstum schafft und Menschen aus der Armut befreit.“

Es gibt nicht nur keine Belege dafür, dass ungleiche Gesellschaften schneller wachsen, sondern sie erfordern in der Regel auch höhere Wachstumsraten als weniger ungleiche Gesellschaften, um die gleiche armutsmindernde Wirkung zu erzielen. Es gibt aber kein wirtschaftliches Ar-

gument für größere Ungleichheit, wenn gleiche oder auch höhere Wachstumsraten durch eine Verringerung der Ungleichheit erreicht werden können. Tatsächlich hat eine höhere Ungleichheit in vielen Ländern zu einem geringeren Endverbrauch, niedrigeren realen Investitionen und einer geringeren Gesamtnachfrage einerseits und einem wachsenden Anteil des ständig an den Finanzmärkten zirkulierenden Kapitals andererseits geführt.²

„Ungleichheit ist ‚fair‘, denn in einer marktorientierten Leistungsgesellschaft sind ungleiche Belohnungen der faire Ausdruck individueller Leistung.“

Da die Position der Menschen auf der globalen Einkommensleiter zu einem großen Teil nicht auf persönliche Leistung zurückzuführen ist, sondern auf Faktoren wie Geburtsort, Klasse, Geschlecht oder Hautfarbe, kann nicht von Fairness gesprochen werden. 60% der globalen Ungleichheit lässt sich heute allein durch die Ungleichheit zwischen Ländern erklären.³ In ungleichen Gesellschaften sind die Barrieren für die soziale Mobilität höher und der

1 Dieser Beitrag ist eine gekürzte und aktualisierte Version von: Gross, T./Hoffer, F./Laliberté, P. (2016): The rise of inequality across the globe. Drivers, impacts and policies for change, in: Gallas, A./Herr, H./Hoffer, F./Scherrer, C. (Hrsg.): Combating inequality. The global North and South, London/New York, S. 15–30.

2 Stockhammer, E. (2012): Financialization, income distribution and the crisis, in: Investigación Económica LXXI (279), Facultad de Economía Distrito Federal, México, S. 39–70, <http://eprints.kingston.ac.uk/23226/1/Stockhammer-E-23226.pdf> (letzter Zugriff auf diese und alle folgenden Internet-Quellen: 30.06.2018).

3 Milanovic, B. (2012): Global income inequality by the numbers: in history and now. An overview, World Bank: Policy Research Working Paper Series (6259), http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/2012/11/06/000158349_20121106085546/Rendered/PDF/wps6259.pdf.

soziale Status der Eltern wird zu einem entscheidenden Faktor für individuellen Erfolg.⁴ Die Wahrscheinlichkeit dafür, dass jemand am unteren Ende der Einkommensleiter landet, ist deutlich höher, wenn die Eltern bereits arm waren.⁵ Entsprechend erscheinen umgekehrt die Aufstiegschancen in Gesellschaften mit egalitärer Verteilung des Wohlstandes deutlich größer.⁶

„Ungleiche Löhne mögen nicht fair sein, aber sie spiegeln die marginale Produktivität eines Arbeitnehmers bzw. einer Arbeitnehmerin wider. Dass eine Person mehr verdient als eine andere, ergibt sich aus dem höheren Beitrag ihrer Arbeit zum Gewinn des Unternehmens.“

Die Messung der individuellen Grenzproduktivität in der heutigen komplexen Arbeitswelt ist empirisch unmöglich. Insbesondere im Hinblick auf Topmanager, bei denen in den letzten Jahrzehnten eine wahre Einkommensexplosion stattgefunden hat, erscheint die Theorie der Grenzproduktivität als fragwürdige Erklärung für die Lohnentwicklung: Es ist unwahrscheinlich, dass die Produktivität einer Führungskraft signifikant höher ist, wenn sie US\$ 10 Mio. statt US\$ 5 Mio. pro Jahr verdient. Nach der Theorie der Grenzproduktivität sollte das Vorsteuerergebnis unabhängig vom Steuersatz den Grenzproduktivitätssatz widerspiegeln. In Wirklichkeit steigt das Spitzeneinkommen mit niedrigeren Spitzensteuersätzen, da der Anreiz für Führungskräfte wächst, höhere Löhne zu verhandeln. Zudem ist bei diesen Lohnerhöhungen keine überdurchschnittliche Produktivitätssteigerung zu beobachten. Die Löhne an der Spitze werden eher von der Insider-Verhandlungsmacht der Führungselite bestimmt als von objektiven ökonomischen Kriterien.⁷

„Ungleichheit mag ungerecht und unerwünscht sein, aber sie ist unerlässlich, um die talentiertesten Menschen zur bestmöglichen Leistung zu motivieren.“

Das Produktivitätswachstum als entscheidendes Maß für Innovation ist heute niedriger als in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren, als die Spitzengehälter viel niedriger waren. Innovative Unternehmer scheinen weitgehend von intrinsischer Motivation getrieben zu sein; ab einem

bestimmten Niveau wird zusätzliche Motivation durch mehr Geld marginal. Reichtum wird ab einem bestimmten Niveau vor allem statusrelevant, daher würde eine allgemeine Senkung der Spitzeneinkommen eher die Größe von Luxusvillen oder Yachten verringern als unternehmerische Motivation zu hemmen.

„Ungleichheit ist aufgrund der Globalisierung und der Unterschiede im technologischen Wandel unvermeidlich. Diese objektiven Triebkräfte entziehen sich der politischen Kontrolle; es gibt keine Alternative zur Anpassung.“

Die große Vielfalt der Formen des Kapitalismus zeigt, dass Länder sich mit unterschiedlichen Strategien und Ansätzen in die Weltwirtschaft integrieren. Die Globalisierung in ihrer derzeitigen Form ist kein zwangsläufiger Entwicklungsprozess des Marktes, sondern Ergebnis einer Politik, die darauf abzielt, Macht und Entscheidungsfindung verstärkt in den Markt zu verlagern.⁸ Durch die Übertragung politischer Entscheidungen auf globale Gremien wie die Welthandelsorganisation (WTO), den Internationalen Währungsfonds (IWF) oder die Europäische Union (EU) wird der Handlungsspielraum demokratischer Entscheidungsträger kleiner, sie müssen ihre politischen Optionen vermehrt an den Interessen globaler Marktmächte ausrichten.⁹ Die Triebkräfte der Ungleichheit liegen weder außerhalb der gesellschaftlichen Kontrolle, noch ist „Anpassung“ alternativlos; beides ist Ausdruck bestimmter politischer Entscheidungen.

„Ungleichheit ist nicht unvermeidlich, sondern eine Folge von Qualifikationsunterschieden. Sie kann nur durch Investitionen in die Bildung überwunden werden.“

Wenn man Bildung zur Erklärung für Ungleichheit macht, verschiebt sich die Debatte von der Verteilungspolitik hin zu einem Generationenprojekt. Die Gründe für die Ungleichheit werden in dieser Argumentation individualisiert, da der persönliche Mangel an Fähigkeiten für niedrige Einkommen verantwortlich gemacht wird. Dies basiert auf mehreren impliziten Annahmen, die zumindest fragwürdig sind: erstens der Annahme, dass die Lohnstruktur in einer Gesellschaft von Fähigkeiten bestimmt werde

4 Winship, S. (2011): Mobility impaired. Brookings Series: Social Genome Project Research (21), <http://www.brookings.edu/research/articles/2011/11/09-economic-mobility-winship>.

5 Jäntti, M. et al (2006): American exceptionalism in a new light: A comparison of intergenerational earnings mobility in the Nordic countries, the United Kingdom and the United States. Institute for the Study of Labour: IZA Discussion Paper (1938), <http://ftp.iza.org/dp1938.pdf>.

6 Corak, M. (2013): Income inequality, equality of opportunity, and intergenerational mobility, in: Journal of Economic Perspectives 27 (3), <https://pubs.aeaweb.org/doi/pdfplus/10.1257/jep.27.3.79>.

7 Piketty, T./Saez, E. (2012): Top incomes and the great recession: Recent evolutions and policy implications, in: IMF Economic Review, 61(3), S. 456–478, <http://piketty.pse.ens.fr/files/PikettySaezIMF2013.pdf>; Stiglitz, J. (2012): The 1 percent's problem, in: Vanity Fair, 31. Mai, <http://www.vanityfair.com/politics/2012/05/joseph-stiglitz-the-price-on-inequality>.

8 Eberhardt, P. (2014): Investment protection at cross roads, in: Scherrer, C. (Hrsg.): The Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Implications for labor, München, S. 100–119.

9 Weizsäcker, E. U. (2003): Globalisation, democracy and the role of NGOs, <http://ernst.weizsaecker.de/en/globalisation-democracy-and-the-role-of-ngos>.

und nicht von anderen Faktoren wie Tradition, politischen Entscheidungen, Verhandlungsmacht oder Diskriminierung; zweitens der Annahme, dass die Entlohnung dem absoluten und nicht dem relativen Qualifikationsniveau entspreche; und drittens der Annahme, dass es möglich sei, gleiche Bildungschancen in hochgradig ungleichen Gesellschaften zu schaffen.

Strategien für den Wandel: Nutzung bestehender und Stärkung politischer Spielräume

Von einer Verringerung der Ungleichheit profitiert zwar die Gesellschaft als Ganze, aber es ist keine Win-Win-Situation für alle. Die potenziellen Verlierer und Verliererinnen größerer Gerechtigkeit sind oft die Mächtigsten in der Gesellschaft.

In den meisten Gesellschaften scheint die Bereicherung der oberen 10 % auf Kosten der unteren 40 % zu gehen. Eine vergleichende Studie von 132 Ländern zeigt, dass das fünfte bis neunte Dezil der Einkommensverteilung typischerweise etwa 50 % des Volkseinkommens besitzt. Unterschiede zwischen den Ländern zeigen sich dagegen in den relativen Anteilen des Volkseinkommens, die das oberste und die unteren vier Dezile halten.¹⁰ Der Erfolg der Reichen, einen größeren Anteil des Kuchens zu erwerben, scheint also im Wesentlichen zu Lasten der unteren 40 % zu gehen.

Inklusive Gesellschaften brauchen eine Politik, die für die Mittel- und Unterschichten attraktiv ist. Der Versuch, den Wohlfahrtsstaat allein über stärkere Besteuerung der Mittelschichten aufrechtzuhalten, ist letztlich zum Scheitern verurteilt. Wenn die Reichen nicht dazu gebracht werden können, ihren Wohlstand zu teilen, wird sich auch die Mittelschicht früher oder später gegen die gesellschaftliche Solidarität mit den Armen wehren. Eine Politik, die sich im Wesentlichen auf eine Umverteilung innerhalb der unteren 90 % beschränkt, erzeugt – wie wir gerade erleben – eine Wutreaktion in Teilen der Mittelschicht gegen die zu Recht als unsolidarisch empfundene Finanzierung der sozialpolitischen Aufgaben.

Im Folgenden sollen mehrere politische Maßnahmen vorgeschlagen werden, die gleichzeitig die Armut bekämpfen, die Verantwortungsfucht der Reichen beenden und die Mittelschichten stärken. Entscheidend ist hierbei, dass ein solcher Politikwechsel praktisch nur gelingen kann, wenn politische Gegenmacht und Selbstorganisation gestärkt werden.

Schritte zu einem schnelleren Einkommenswachstum am unteren Ende der Verteilung

Das Vereinigungsrecht: Ohne Druck von unten ergeben sich kaum politische Chancen für die Armen. Ein wichtiger Schritt zur Vertretung von Interessen und Mitsprache ist also die Stärkung der Selbstorganisation in Gewerkschaften und anderen Organisationen. Letztlich geht es darum, das entscheidende Recht auf Vereinigungsfreiheit

zu verwirklichen und kollektive Gegenmacht zu entwickeln.¹¹

Produktive Vollbeschäftigung: Vollbeschäftigung ist die Ausnahme in der Geschichte des Kapitalismus. Arbeitslosigkeit führt nicht nur oft unmittelbar in die Armut, sondern ist das wirksamste Instrument, um Angst und Lohndumping am Arbeitsmarkt zu institutionalisieren. Angesichts des Pflegenotstands, einer maroden öffentlichen Infrastruktur und einer abnehmenden Erwerbsbevölkerung kann keine Rede davon sein, dass Gesellschaften die Arbeit ausgeht. Statt des Fetischs einer „Schwarzen Null“ sollte gute Arbeit zentraler Angelpunkt zukunftsorientierter Politik sein und das Beschäftigungs- und Einkommensniveau durch die notwendige öffentliche Daseinsvorsorge und eine vorausschauende Infrastrukturpolitik erhöht werden.

Eine Lohnuntergrenze: Nicht Vollbeschäftigung um jeden Preis, sondern Vollbeschäftigung zu einem fairen Preis sollte das Ziel sein. Die Begrenzung des unteren Teils der Lohnstruktur durch einen existenzsichernden Mindestlohn, wie im ILO-Übereinkommen 131 (Minimum Wage Fixing Convention, 1970) vorgeschlagen, garantiert, dass Unternehmen nicht über Armutslöhne konkurrieren. Deutschland sollte dieses Übereinkommen ratifizieren, den Mindestlohn kontinuierlich anheben und vor allem in seine flächendeckende Durchsetzung investieren. Der Mindestlohn kann auch ineffiziente Unternehmen dazu bringen, besser zu wirtschaften. Unternehmen, die nur durch Ausbeutung von Arbeit existieren können, sollten vom Markt verschwinden. Ebenso gilt es, Arbeitgeber, die den Mindestlohn nicht zahlen, durch Sanktionen zur Einhaltung zu bringen.

Solidarisch finanzierte soziale Sicherung: Einkommenssicherheit, soziale Transferzahlungen und universelle Gesundheitsversorgung sind mächtige Instrumente, um vor Armut zu schützen. Universelle soziale Mindestsicherungen sind unerlässlich, um extreme Armut zu vermeiden und Menschen von der übermäßigen Marktabhängigkeit zu befreien.

Universell zugängliche öffentliche Dienste und Infrastrukturen: Allgemein zugängliche und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen – in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Pflege, aber auch beim Nahverkehr, in der Strom- und Wasserversorgung sowie auf anderen Feldern der Infrastruktur – sind für faire Gesellschaften unverzichtbar. Interessanterweise sind universelle öffentliche Dienstleistungen nur auf einem hohen Qualitätsstan-

10 Palma, J. G. (2011): Homogeneous middles vs. heterogeneous tails, and the end of the 'Inverted-U': the share of the rich is what it's all about, Cambridge Working Papers in Economics (1111), <http://www.econ.cam.ac.uk/research-files/repec/cam/pdf/cwpe1111.pdf>.

11 Siehe das IAO-Übereinkommen 87 über Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechts von 1948.

dard oder gar nicht möglich. Bei schlechter Qualität der öffentlichen Versorgung greifen die Besserverdienenden verstärkt auf private Alternativen zurück, was den öffentlichen Sektor sukzessive degradiert. Universelle öffentliche Dienstleistungen haben die stärkste Einkommenswirkung bei armen Haushalten. Sie sind oftmals die Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit von Frauen und erhöhen die soziale Mobilität der nächsten Generation.

Schritte zur Begrenzung von Spitzeneinkommen

Progressive Besteuerung: Die progressive Besteuerung ist fair und extremer Reichtum gefährdet die Demokratie. Sie korrigiert Einkommensungleichheiten, die in der Regel nicht ausschließlich auf Leistung, sondern auf zahlreichen offenen und versteckten Privilegien beruhen. Progressive Besteuerung ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unerlässlich und hilft dabei, eine plutokratische Verquickung von Geldmacht und politischer Macht in Grenzen zu halten. Gleichzeitig verursacht sie keine ernsthaften Wohlfahrtsverluste für die Reichen, denn bei sehr hohen Einkommen geht es größtenteils nicht mehr um die Befriedigung von Bedürfnissen, sondern um Statuskonsum.¹²

Regulierung der Finanzmärkte und Stärkung des öffentlichen Bankensektors: Die Eindämmung des spekulationsgetriebenen Finanzsektors, die Trennung von Kommerz und Investmentbanking sowie die Regulierung des Letzteren sind für die Schaffung nachhaltigerer Finanzmärkte von entscheidender Bedeutung. Die beispiellose Sozialisierung der Spekulationsverluste in der Finanzkrise von 2008 verlangt nach einer Abschaffung dieses Wohlfahrtssystems für Reiche. Ergänzt werden muss dies durch die Schaffung eines gut regulierten öffentlichen Bankensektors und Sparkassen als finanzielle Versorgungsunternehmen.

Verknüpfung der höchsten mit den niedrigsten Gehältern in jedem Unternehmen: Das Gehalt eines CEO sollte das Gehalt des am geringsten entlohnten Mitarbeiters nur um einen vernünftigen Faktor übersteigen. Bei Erreichen dieser Obergrenze sollten Manager ihre Gehälter nur dann weiter erhöhen können, wenn sie gleichzeitig auch die niedrigsten Einkommen im Unternehmen verbessern.

Maßnahmen zur Vermeidung von Steuerhinterziehung: Schließung von Steuerparadiesen und koordinierte Bemühungen zur Vermeidung diverser Steuerhinterziehungsmodele multinationaler Unternehmen und vermögenger Privatpersonen sichern nicht nur Steuergerechtigkeit, sondern erhöhen damit auch staatliche Einnahmen für sinnvolle öffentliche Ausgaben.

Schritte zur Stärkung und Erweiterung der mittleren Einkommensgruppe

Eine produktivitätssteigernde Lohn- und Beschäftigungspolitik: Für langfristige positive Einkommensentwicklung ist ein prekärer Niedriglohnsektor schädlich, da er unproduktive Geschäftsmodelle fördert. Es bedarf eines ordnungspolitischen Umfelds, das stabile Beschäftigungsverhältnisse unterstützt und der internen Flexibilität von

Unternehmen Vorrang vor hoher Beschäftigungsvolatilität auf ungeschützten Arbeitsmärkten einräumt. Untersuchungen haben gezeigt, dass stabile Beschäftigung zu einer deutlich besseren Produktivitätsleistung führt als flexible, prekäre und informelle Arbeitsmärkte.¹³

Förderung und Ausweitung von Tarifverhandlungen: Ein umfassendes Tarifverhandlungssystem ist eines der wirksamsten Mittel, um größere Gleichheit zu erreichen. Tarifverhandlungen auf sektoraler und nationaler Ebene sind in dieser Hinsicht effektiver als dezentrale Verhandlungen auf Unternehmensebene. Erforderlich sind gesetzliche Bestimmungen, um die Macht der Unternehmer am Arbeitsmarkt zu begrenzen und gewerkschaftliche Selbstorganisation angstfrei zu ermöglichen. Für die Ausweitung von Tarifverträgen – insbesondere auch für Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen – müssen wirksame rechtliche Möglichkeiten für ihre Durchsetzung und Allgemeinverbindlichkeit geschaffen werden. Dies ist notwendig, um den Wettbewerb über Löhne und Arbeitsbedingungen zu verhindern und die Unternehmen zum Wettbewerb über Produktqualität und Produktivitätssteigerungen zu bringen.

Abbau von prekären Beschäftigungsverhältnissen: Outsourcing, Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge und Unteraufträge sind Methoden, mit denen Tarifverhandlungen und individuelle Arbeitsrechte untergraben werden. Sie sind keine wirtschaftliche Notwendigkeit für Entwicklung, sondern aggressive Instrumente zur Schaffung eines Niedriglohnsektors.¹⁴ Der vielfältige Missbrauch von Arbeitsmarktmacht durch Arbeitgeber kann durch höhere Sozialversicherungsbeiträge für prekäre und befristete Beschäftigungsverhältnisse, ein Verbot sachgrundfremder Befristung, eine Obergrenze für Leiharbeit und die Stärkung des Kündigungsschutzes eingegrenzt werden. Staatliche Aufträge sollten nicht an Unternehmen vergeben werden, die gesetzliche Arbeitsmarktvorschriften missachten. Die illegale Ausbeutung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen sollte streng bestraft werden.

Öffentliche Beschaffungspolitik, bevorzugte öffentliche Investitionskredite: Regierungen müssen als Arbeitgeberinnen mit gutem Beispiel vorangehen und Instrumente staatlicher Wirtschaftsförderung nutzen, um faire Entlohnung und Arbeitsbedingungen zu fördern. Wer Beschäf-

12 Inconspicuous consumption, in: The Economist v. 20. 12. 2005, <http://www.economist.com/node/5323772>.

13 Kleinknecht, A. / Naastepad, C. W. M. / Storm, S. / Vergeer, R. (2013): Labour market rigidities can be useful. A Schumpeterian view, in: Fadda, S. / Tridico, P. (Hrsg.): Financial crisis, labour markets and institutions, London, S. 175–191.

14 ILO Bureau for Workers' Activities (ACTRAV) (2011): From precarious work to decent work. Policies and regulation to combat precarious employment. International Labour Organization (ILO), Geneva, http://www.ilo.org/actrav/info/WCMS_164286/lang--en/index.htm.

tigte nicht fair behandelt, sollte weder Geld damit verdienen können, noch öffentliche Subventionen erhalten.

Nichtdiskriminierung: Gleiches Gehalt für gleichwertige Arbeit und Nichtdiskriminierung sowie gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten sind zentrale politische Maßnahmen zur Beseitigung diskriminierender Lohnunterschiede. Statt verzweifelte Migranten in die Not illegaler Beschäftigung zu drängen, sollten Migranten, die ihre illegale Beschäftigung zur Anzeige bringen, mit einer Aufenthaltserlaubnis belohnt werden.

Corporate Governance: Die enge Fokussierung auf den Shareholder Value sollte durch ein Stakeholder-Konzept ersetzt werden, das die Eigentumsrechte von Kapitalbesitzern zugunsten von Mitwirkungsrechten anderer Gruppen einschränkt, die von Unternehmensentscheidungen und -leistungen betroffen sind.

Wirtschaftsdemokratie und Empowerment: Eine grundlegende Lehre aus der Krise und dem Verhalten der Unternehmen im Zeitalter der Globalisierung ist der Mangel an unternehmerischer Sozialverantwortung. Wo sich Unternehmen ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft entziehen, sollten ihnen Geschäftsfelder entzogen und andere Formen des Wirtschaftens gefördert werden. Trotz des Debakels der „Neuen Heimat“ ist es an der Zeit, über neue Formen der Gemeinwirtschaft, genossenschaftlicher Initiativen, gemeinnützigen Wohnungsbaus und kommunaler Wirtschaftsunternehmen nachzudenken. Es gibt zahlreiche Wirtschaftsbereiche der unmittelbaren Daseinsvorsorge, die weder dem Globalisierungsdruck ausgesetzt noch durch einseitige Ausrichtung auf das Profitmotiv notwendig effizienter sind.

Von Ideen zu Lösungen

Viele der oben genannten Vorschläge wurden von den Industrieländern während des langen Aufschwungs der Nachkriegszeit weitgehend praktiziert und hatten keine negativen Auswirkungen auf Beschäftigung, Wachstum oder Inflation – im Gegenteil. Im Kontext offener Volkswirtschaften ist die Situation heute jedoch komplizierter geworden, da die nationalen Politikoptionen begrenzter sind. Die grenzüberschreitende Mobilität des Kapitals und die Handelsliberalisierung erleichtern den Ausstieg aus nationaler Regulierung und setzen Sozialsysteme unter Konkurrenzdruck. Der neue Kontext, der durch die Globalisierung der Unternehmen geschaffen wurde, hat den Deregulierungsdruck insbesondere auf Arbeitsmarktinstitutionen verstärkt. Die Große Rezession diente als Vorwand für einen noch radikaleren Angriff auf Schutzbestimmungen und Institutionen.

Die Bekämpfung der Ungleichheit erfordert umfassende, mehrstufige politische Antworten. Sie müssen politische Initiativen auf nationaler und internationaler Ebene umfassen. In einer idealen Welt würde dies koordiniert und komplementär geschehen. Wo allerdings globale Lösungen schwierig zu erreichen sind, erweitern erfolg-

reiche nationale Politiken, die etwa Arbeitsmarktinstitutionen in einem Land verteidigen und stärken, auch den politischen Spielraum in anderen Ländern. Das Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation basiert auf einer solchen globalen Win-Win-Situation, in der die Umsetzung von internationalen Arbeitsübereinkommen nicht nur die Arbeitsbedingungen im eigenen Land verbessert, sondern auch den politischen Spielraum in anderen Ländern vergrößert, da es deren Angst vor Sozialdumping von Nachbarländern vermindert. Diese Philosophie steht im Widerspruch zur Politik der Welthandelsorganisation (WTO) – mit jeder Runde der Handelsliberalisierung wird hier der Spielraum demokratischer Entscheidungsfindung weiter eingeschränkt.

Gewerkschaften müssen ihre Kernkompetenzen der Tarif-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mit einer breiteren gesellschaftspolitischen Perspektive zur Überwindung der unsere Gemeinwesen bedrohenden Ungleichheit verknüpfen. Dazu bedarf es der Überwindung eines pseudo-rationalen Fatalismus, der aus der Analyse bestehender Machtverhältnisse den lähmenden Schluss ihrer Unveränderlichkeit zieht. Die historische Erfahrung widerspricht der konservativen Utopie eines immerwährenden Status quo. Soziale Bewegungen und radikale Ideen waren historisch die treibende Kraft hinter der Zählung marktwirtschaftlicher Ausbeutungsverhältnisse. Obwohl sie oft hinter ihren hochgesteckten Ambitionen zurückblieben, sind die positiven Veränderungen und Reformen, die im Laufe der Zeit erreicht wurden, beeindruckend. Aber ohne eine visionäre Radikalität sind auch alltägliche Verbesserungen nicht zu erreichen. Wir sind in Europa Zeitzeugen der Implosion sozialdemokratischer Parteien, die kluge Verwaltung vermeintlicher Sachzwänge zu ihrem politischen Credo gemacht haben. Eine gerechte Gesellschaft ist aber mit einer De-facto-Kapitulation vor den Märkten unvereinbar. Die Mobilisierung der aufgestauten Frustration gegen das herrschende Globalisierungsregime durch rechtsautoritäre Parteien wird ohne eine radikale Wende zu mehr Gerechtigkeit nicht zu stoppen sein. ■

AUTOREN

FRANK HOFFER, Dr., ehemaliger Mitarbeiter der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und Associate Fellow der Global Labour University. Arbeitsschwerpunkte: Lohnpolitik und internationale Arbeitsstandards.

@ Frank-Hoffer@web.de

TANDIWE GROSS, M. A., ehemalige Beigeordnete Sachverständige bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und Associate Fellow der Global Labour University. Arbeitsschwerpunkte: Menschenrechtliche Sorgfaltspflicht und industrielle Beziehungen in globalen Wertschöpfungsketten.

@ tandiwe.gross@global-labour-university.org